

AHV-Sicherung spaltet die VU

Lösungsfindung Wie soll die AHV längerfristig gesichert werden? In dieser Frage war sich der Landtag gestern höchst uneins. Ob sich ein mehrheitsfähiger Weg findet, wird sich im Dezember zeigen - Auch wenn es die VU-Bank anders wollte.

VON HANNES MATT

Die langfristige Sicherung der AHV ist ein zentrales politisches Thema dieses Jahres. So hatte ein Gutachten im letzten Jahr Handlungsbedarf festgestellt, dass die AHV-Reserven in 20 Jahren auf unter fünf Jahresausgaben sinken werden. Dies gilt es natürlich zu verhindern. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini schlägt hierfür unter anderem eine Einmalabgabe von 100 Millionen Franken sowie eine Erhöhung des AHV-Beitragssatzes um 0,6 Prozent auf Schweizer Niveau vor. Gestern wurde der Regierungsvorschlag in 1. Lesung im Landtag behandelt. Zuerst galt es aber noch die Frage zu klären, ob das Thema überhaupt

noch in dieser Legislatur angepackt werden sollte: So stimmten nicht weniger als die Hälfte der VU-Abgeordneten gegen Eintreten auf die Vorlage, was der Beerdigung der AHV-Sicherung gleichgekommen wäre. Darob konnte der restliche Landtag nur den Kopf schütteln. «Lassen Sie uns das Thema nicht abwürgen und stattdessen unsere Verantwortung wahrnehmen», hatte es Daniel Seger (FBP) zuvor auf den Punkt gebracht. Seger musste aber gleichzeitig auch feststellen, dass die Vorstellungen der optimalen Lösung zur AHV-Sicherung im Landtag weit auseinanderdrifteten. So plädierte die VU-Fraktion statt einer 100-Millionen-Spritze für ihre bereits 2016 ins Spiel gebrachte Koppelung des Staatsbei-

trags an das AHV-Defizit. Auch die Fraktion der Freien Liste sah die Lösung eher in der Erhöhung des Staatsbeitrages. Den DpL war dies wiederum ein Dorn im Auge - ein unnötiger Export von Steuergeldern ins Ausland sei dies. Eine Ansicht, die von einigen FBP-Abgeordneten gestützt wurde. Gleich mehrfach wurde kräftig für den bereits früher eingebrachten, dreiteiligen Lösungsvorschlag der FBP-Fraktion geworben. Es sei einfach der «bessere Weg», die nötigen staatlichen Mittel in die OKP statt den AHV-Beitrag zu stecken, sagte etwa Wendelin Lampert (FBP). Von den dadurch tieferen Krankenkassenprämien profitieren alle sogar die Rentner, ergänzte Johannes Kaiser (FBP). Und es würde auch kein

Geld ins Ausland fließen. Einige Fürsprecher fand der Vorschlag von Mauro Pedrazzini, der seinen Vorschlag gestern nochmals vehement verteidigte, aber doch noch - darunter die FBP-Abgeordneten Eugen Nägele, Susanne Eberle-Strub oder Daniel Seger. «Es wäre die Lösung, die am wenigsten wehtut. Günstiger kriegen wir eine wirkungsvolle Massnahme nicht», argumentierte Seger und mahnte wie viele seiner Vorredner, parteipolitische Profilierungsversuche vor den Wahlen in dieser Sache doch bitte zu unterlassen und gemeinsam für eine mehrheitsfähige Lösung einzustehen. Ob dies gelingt, wird sich am Dezember bei der 2. Lesung der Vorlage entscheiden.

Seiten 4 und 5

FBP-Abgeordnete halten an ihrem AHV-Lösungsweg fest

1. Lesung In der Debatte, wie die AHV längerfristig gesichert werden kann, wurde kräftig gebuhlt - bei der VU um die Koppelung des Staatsbeitrags an das AHV-Umlagedefizit, bei der FBP um ihren dreiteiligen Lösungsvorschlag.

VON HANNES MATT

«Wir sind uns einig: Irgendwas müssen wir tun», fasste Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini bei der Behandlung des Regierungsvorschlags zur langfristigen Sicherung der AHV die mehrere Stunden dauernde Debatte im Landtag zusammen. Gemäss Pedrazzini könne jedoch lediglich an vier Stellschrauben gedreht werden: Rentenkürzungen («findet nie eine Mehrheit») und Erhöhung des Rentenalters («findet momentan keine Mehrheit») würden dabei gleich wieder wegfallen. Übrig bleibe, dass der Staat mit finanziellen Mitteln einspringt (Staatsbeitrag oder einmalige Finanzspritze) oder dass die AHV-Beitragsätze erhöht werden. Die Regierung will auf beides setzen: Sie sieht eine Erhöhung des Beitragssatzes von 8,1 auf 8,7 Pro-

zent ab 1. Januar 2022 (wie in der Schweiz) sowie einem ausserordentlichen Staatsbeitrag von 100 Millionen Franken aus dem Staatsvermögen in den AHV-Fonds per Ende 2020 vor. Die Mehrbelastung soll hierbei teilweise mit einer Reduktion der Beiträge an die Familienausgleichskasse (FAK) ausgeglichen werden. Pedrazzini's Vorschlag fand im Landtag aber nur wenige Befürworter. So beklagte die eine Seite analog den Wirtschaftsverbänden, dass die Lohnnebenkosten nicht weiter steigen sollten - gleichzeitig konnten sich die anderen nicht mit der 100-Millionen-Spritze anfreunden.

«Niedliches Kostümchen»

Wenig überraschend hielt die VU-Fraktion an ihrer Meinung fest, dass die AHV nur mit einer Koppelung des Staatsbeitrags an einen Teil des Umlagedefizits nachhaltig zu sichern sei - minimal 30 Millionen, maximal 55 Millionen Franken. Ein Vorschlag, den sie schon vor einigen Jahren einmal eingebracht hatte, damals scheiterte er knapp mit 12 zu 13. Das töne zwar schön, stellt sich aber als Mogelpackung heraus, befand Mauro Pedrazzini. «Schon in wenigen Jahren würde bereits laut den Prognosen das Maximum einer solchen Koppelung fällig», wie der Gesellschaftsminister mit Verweis



«Das wäre ein Bürgerpaket, das seinem Namen auch gerecht werden und nicht nur Papier produzieren würde.»

ALEXANDER BATLINER
FBP-ABGEORDNETER

auf die entsprechende Grafik im Bericht und Antrag argumentierte. «Dann könnte man auch so ehrlich sein und gleich für eine Erhöhung des Staatsbeitrags auf 55 Millionen Franken plädieren und dies nicht hinter einem niedlichen Kostümchen verstecken.» Dafür hatte sich beispielsweise die Freie Liste ausgesprochen. «Ein höherer Staatsbeitrag, der tut ja niemandem weh, wie man meinen könnte», konnte Mauro Pedrazzini nur den Kopf schütteln. «Wir bilden uns ein, dass wir ewig Geld ausgeben können. Dem ist aber nicht so, wie wir leider bei der letzten Haushaltssanierung feststellen mussten.» Hier sei die von der Regie-

rung vorgeschlagene Einmalabgabe auf jeden Fall besser - dies mit dem Hintergrund, dass der Staat heuer von einem Sonderertrag in Höhe von 200 Millionen Franken profitieren darf. Pedrazzini: «Da tun die 100 Millionen trotz Coronakrise dann auch niemandem wirklich weh.»

«Alle würden profitieren»

Dies sorgte jedoch auch bei mehreren FBP-Abgeordneten für Begehrlichkeiten: Sie forderten, dass dieses Geld lieber in den dreiteiligen Lösungsweg der FBP-Fraktion fliessen sollte - womit auch die frühere Frage nach der Gegenfinanzierung der Idee obsolet werde. Diese sieht eine Erhöhung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge um je 0,3 Prozent an, als Ausgleich soll der OKP-Staatsbeitrag um 20 Millionen Franken bereichert werden - und eben nicht der AHV-Staatsbeitrag. Ein unkonventioneller Vorschlag, der bislang bei den anderen Parteien auf wenig Unterstützung gestossen ist. Deshalb hat er auch keinen Eingang in die Regierungsvorlage gefunden. Dabei bietet er doch so viele Vorteile, wie Johannes Kaiser (FBP) aufzählte: «Die Krankenkassenprämien würden für alle Liechtensteiner deutlich reduziert oder bei einer weiteren Erhöhung zumindestens abgefedert, wo von wiederum die Rentner gleich

doppelt profitieren würden, da ihre Prämien sinken, sie aber gleichzeitig nicht von der AHV-Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerbeiträgen betroffen wären.» Auch finde kein Abfluss von Steuergeldern ins Ausland statt. «Das wäre ein Bürgerpaket, das seinem Namen auch gerecht werden und nicht nur Papier produzieren würde», bemerkte Alexander Batliner (FBP). Wendelin Lampert fügte an, dass der Lösungsweg der FBP-Fraktion mehr als nur diskutabel sei: «Der Feind des Guten (Regierungsvorlage) ist ganz einfach das Bessere.» Nachdem sich auch die DpL kritisch zum Export von Steuergeldern geäussert hatten, gabs erneut eine Diskussion, ob dies überhaupt so gesagt werden könne. Thomas Lageder war anderer Meinung: «Kein Franken mehr ist bei der AHV ins Ausland geflossen, als einbezahlt wurde. Der Saldo liegt klar zugunsten von Liechtenstein.» Mauro Pedrazzini warf diesbezüglich ein, dass man dies aus einer anderen Richtung betrachten und von nationalen bzw. regionalen Stellschrauben sprechen müsse. Hier sei ein Mix angebracht. «Es kann nicht sein, dass wir AHV immer mehr in Richtung nationaler Finanzierung treiben, das halten wir mit den prognostizierten, stark steigenden Ausgaben der Zukunft irgendwann nicht mehr aus.»